



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Das allslavische Problem und der deutsche Nationalstaat

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Dauer nicht gelänge, Ausgaben und Einnahmen des Reichs in Einklang miteinander zu bringen, insbesondere würde es unmöglich sein, die durch die sogenannte Ver Trimborn vorgesehene Witwen- und Waisenversorgung durchzuführen, da die zu diesem Zwecke bis jetzt zur Verfügung gestellten schwankenden Erträge der Getreidezölle nicht ausreichend sind.

Wie sehr das sparende Publikum im allgemeinen an dem Gelingen der Reichsfinanzreform nicht nur politisch, sondern auch allgemein wirtschaftlich beteiligt ist, habe ich versucht, in einem in Nr. 4 dieses Jahrgangs der Grenzboten (Seite 73 ff.) veröffentlichten Aufsatz „Der Sparer und die Reichsfinanzreform“ darzulegen, auf den hier lediglich verwiesen werden darf.



Das allslawische Problem und der deutsche Nationalstaat

Von George Kleinow

Dieser Tage wurde von der deutschen Presse eine russische Stimme wiedergegeben, die im Journal des Débats etwa ausführte, die Slawen seien seit tausend Jahren vor dem Germanentum zurückgewichen, jetzt aber sei der Wendepunkt eingetreten, und die Slawen rüsteten sich zum Marsch gegen den Westen; das beginnende Jahrhundert gehöre der slawischen Welt. Selbst wenn man an dieser Großsprecherei einen gehörigen Prozentsatz in Abzug bringt, bleibt doch noch eine Fülle von Positivem übrig, das uns zwingt, dem Geschrei von Osten Gehör zu schenken. Es sei darum eine kurze Umschau über das slawische Problem gehalten, wie es sich in den letzten sechzig Jahren im Verhältnis zum deutschen Nationalstaat entwickelt hat.

1

Das allslawische Problem ist im Laufe des Jahres 1908 von neuem vor unsern Gesichtskreis getreten durch den gelegentlich der tschechischen Ausstellung zu Prag abgehaltenen „Allslawischen Kongreß“. Seitdem will es aus den Erörterungen der slawischen Presse nicht mehr verschwinden. Jene Versammlung war die zweite Veranstaltung dieser Art, auf der wirklich Vertreter aller slawischen Stämme zugegen waren. Die erste hatte im Jahre 1848 stattgefunden, und zwischen beiden gab es mehrere lärmende Verbrüderungsfeste der Tschechen und der Russen, die die Presse richtig gewürdigt hat. Der hauptsächlichste Unterschied zwischen den beiden Versammlungen

liegt in dem ausgesprochen anarchischen Charakter der ersten und in dem streng demokratisch-nationalen der zweiten. Im Jahre 1848 spielten Männer wie der russische Nihilist Bakunin eine hervorragende Rolle, während es der polnische Marquis Wielopolski nicht wagen durfte, sich öffentlich zu zeigen — auf dem letzten Slawenkongreß hielt sich im Gegensatz der tschechische Sozialist Mazarýk abseits, und strenge Nationalisten aus dem Bürgertum wie der Russe Bobrinski, der Pole Dmowski und der Tscheche Kramarz waren Wortführer. Hinter diesem Unterschiede steckt natürlich mehr als ein Personen- oder Parteiwchsel, dahinter steht eine gewaltige kraftstrahlende Entwicklung, dahinter steht ein sittliches und politisches Gesunden und Gereiftsein, die die Achtung und darum auch die Beachtung der gesamten Kulturwelt herausfordern. Ich betrachte es nun nicht als meine Aufgabe, die an sich sehr interessante kulturelle Seite der Entwicklung darzustellen, sondern die für uns augenblicklich wichtigere politische.

Nur auf ein Symptom des Kulturfortschritts sei hingewiesen, auf die Entwicklung der slawischen Sprachen. Auf dem letzten Slawenkongreß, dem ich durch Vermittlung russischer Freunde als Gast beizuhohnen durfte, wurde ausschließlich in slawischen Sprachen geredet, und nur gelegentlich wurde von Slowenen eine deutsche Wendung eingeflochten, um den Sinn dieses oder jenes schwerer verständlichen Satzes ihrer Sprache genau zu präzisieren. Auf dem ersten Slawenkongreß wurde dagegen vorwiegend deutsch gesprochen, ebenso wie auf den meisten dazwischenliegenden Versammlungen. Die Brücke der Verständigung, eine allen zugängliche slawische Sprache, die vor sechzig Jahren fehlte, ist somit heute wenigstens für die Gebildeten der einzelnen Stämme in den Anfängen vorhanden. Verdanken die Slawen diesen Fortschritt vorwiegend auch deutschem Fleiß — denn die vergleichende Sprachforschung ist von deutschen Gelehrten geschaffen worden —, so ist damit doch ein Mittel gegeben, das wohl geeignet wäre, den politischen Zusammenschluß zu fördern. Jede der in Betracht kommenden Sprachen hat an die andern Konzessionen gemacht. In die russische sind polnische und tschechische Wortbildungen übergegangen, und in alle Sprachen und Dialekte sind russische, französische und sehr zahlreiche deutsche Worte und Wendungen eingedrungen, ohne Kampf, ohne Auseinandersetzungen, lediglich auf dem Wege des täglichen Verkehrs, den Handel und Wandel gegenwärtig so überaus nah und schnell gestaltet haben. Eisenbahnen, Telegraphen, Handlungsreisende haben die Annäherung der Sprachen praktisch mehr gefördert als Gelehrte, und Parlamente und Presse haben ihr täglich neue Ausdrücke zugeführt. Wie verschlechternd gerade die Parlamente auf die Sprache wirken können, beweist uns täglich die deutsche Presse in Wien und Petersburg. Der Sprachforscher, insonderheit der slawische Sprachforscher, wird nun den eingegangnen Verbindungen nach und nach die wissenschaftliche Weihe geben.

Wir müssen diesen Umstand im Auge behalten, denn die wirtschaftliche Entwicklung unsrer Zeit, die Ausgestaltung der Verkehrsmittel, die sich ja endlich auch den Weg durch den freien Äther gebahnt haben — alles drängt zur Überwindung von Entfernungen, zum Näherkommen auf materiellem wie idealem Gebiete. Stellen sich dann noch Strömungen ein, die sich von der natürlichen Annäherung politischen Nutzen versprechen, dann geht unzweifelhaft mancher daran geknüpfte Wunsch leichter in Erfüllung, als es die glauben, die einer solchen Entwicklung mißgünstig gegenüberstehn.

Nach dieser Feststellung scheint mir bei einer Gegenüberstellung des ersten und des letzten Slawenkongresses die wichtigste politische Tatsache darin zu liegen, daß, während der erste gegen das Staatswesen als solches demonstrierte, der letzte Kongreß nur zum Kampf gegen den Staat im deutschen Gewande rief. Früher glaubte man den Staat erst zertrümmern zu müssen, um das allslawische Ideal erreichen zu können, jetzt ist man überzeugt, das Ziel durch Umwandlung des innern Gehalts desselben Staats zu erreichen. Das anarchistisch-soziale Element ist somit gegen das nationale zurückgetreten, und das allslawische Problem ist von der Bühne utopischer Allerveltspolitik auf den realen Boden der Beziehungen zwischen zwei Nachbarn, nämlich den slawischen Volksgruppen und dem deutschen Nationalstaat, getreten.

Damit hat die allslawische Bewegung ihre Bedeutung als theoretisches Problem in eine solche als politisch-praktisches eingetauscht, und sie darf nicht mehr das Studienfeld einiger Stubengelehrter und privater Liebhaber bleiben, sondern muß unter die zeitgemäßen Fragen eingereiht werden, mit denen sich alle deutschen nationalen Parteien zu beschäftigen haben. Das betrifft auch die amtlichen Leiter unsrer Politik.

Bisher sind es nur zwei Gruppen von Angelegenheiten, die das amtliche Deutschland in Berührung mit den Slawen bringt: Handelsabkommen mit den einzelnen selbständigen slawischen Staaten, wie Rußland, Bulgarien, Montenegro und Serbien. Alsdann sind Bundesrat und Reichstag an ihnen beteiligt. Die zweite Gruppe umfaßt unsre Polennot in der Ostmark sowie Arbeiterfragen; sie wird unter Hinzuziehung des preußischen Landtags und des Herrenhauses bearbeitet. In den beiden Formen unsrer amtlichen politischen Beziehungen zur slawischen Welt kommt das panslawische Moment nicht amtlich zur Geltung und macht sich nur sporadisch in den Äußerungen der Presse sowie einzelner Abgeordneter bemerkbar. Die leider notwendig gewordene Stellung unsrer Polenfrage als interne Angelegenheit des preußischen Staates schließt — und das ist das gute daran — wenigstens einstweilen jede internationale Behandlung aus, während der russische Selbstherrscher die Verfolgung allslawischer Ideen bisher nur bezüglich der orthodoxen Brüder vom Balkan zu den Aufgaben der amtlichen russischen Politik gezählt hat. Das will heißen, im amtlichen diplomatischen Verkehr gibt es trotz des letzten

Slawenkongresses in Prag noch kein allslawisches Problem. Nichtsdestoweniger steht ein solches in aller Lebenskraft vor uns, und die Zeit scheint nicht mehr fern, wo es sich eben aus dieser Lebenskraft heraus amtliche Anerkennung erzwingen wird. Auch russische Zaren bleiben nicht ewig Selbstherrscher — auch ihre Stellung ist nicht abhängig allein von einem Gottesgnadentum im landläufigen Sinne, sondern von dem unabwendbaren Entwicklungsgang der Geschichte. Die slawischen Stämme sind dem ebenso unterworfen wie die germanischen, wenn sie für die gesellschaftliche Struktur auch nicht dieselben Formen gefunden haben. Das Wort von der Inferiorität der slawischen Rasse gegenüber der germanischen erscheint mir in diesem Zusammenhang eine gefährliche Phrase; sie verschleiert die sich unaufhörlich vollziehende Rassenmischung und die sich daraus ergebende Kräftigung.

Der Mittelpunkt der politischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Slawen liegt gegenwärtig in dem Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland. Dieses Verhältnis darf in allen den Angelegenheiten, die einen unmittelbaren Verkehr zwischen den genannten Regierungen beanspruchen, als ein gutes, ja als ein freundschaftliches bezeichnet werden. Dagegen wird das Verhältnis seinem innersten Wesen nach geradezu als feindlich zu charakterisieren sein, wo Fragen der großen Politik im Vordergrund stehen. Rußland und Deutschland sind Freunde durch die traditionellen Beziehungen ihrer Herrscherhäuser wie durch den engen zwischen ihnen bestehenden Handelsverkehr. Die gegenwärtige russische Regierung steht freundschaftlich zur deutschen Reichsregierung, solange sie keine Polenfrage kennt, sondern das Vorhandensein dieser Frage lediglich für Preußen zugibt. Anders in der großen Politik. Da sehen wir Rußland auf der Seite aller der Staaten, die uns unsre gewaltige Entwicklung, die uns die Schaffenskraft unsers Bürgertums nicht gönnen. Rußland ist mit Frankreich und Großbritannien verbündet und wird gegen uns los schlagen, sobald einer der beiden Staaten durch uns angegriffen wird. Die Interessengemeinschaft der drei Staaten liegt angeblich im nahen Orient, wo wieder angeblich Deutschland und Österreich-Ungarn den andern Mächten die Handelsfreiheit unterbinden wollen. Rußland hat gerade in den letzten Jahren gehofft, mit Hilfe Englands und Frankreichs den freien Ausgang aus dem Schwarzen Meer zu erhalten, sieht sich aber gegenwärtig eingeschlossener als je. Rußland hat somit wenig aus der Geschichte seiner Beziehungen zu England gelernt. Stets war Englands Politik darauf gerichtet, Rußland in Europa zu engagieren, denn die Gewinnung eines östlichen oder südlichen Meeres durch Rußland würde die Interessen Englands auf das empfindlichste verletzen. In Indien fühlt es sich fortwährend durch den russischen Varen bedroht. England hat aus diesem Grunde den Japaner zum Kriege getrieben und den Persischen Golf als eine Interessensphäre gekennzeichnet, in der Rußland nichts zu suchen habe. Wenn aber Rußland tatsächlich so unselbständig geworden sein sollte, daß es, dem Druck der britischen

Diplomatie nachgebend, seinen Drang an die östliche Küste aufgeben muß, dann wird es aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen sein, im Norden und im Westen ein Ausfalltor für seinen Kräfteüberschuß zu suchen. Die Partei der russischen Politiker, die Englands Absichten richtig erkannt hat, trachtet nun danach, einen Stützpunkt zu finden, der geeignet wäre, England mit Hilfe einer eben nicht großen Flotte im Zaume zu halten. Dieser Stützpunkt kann aber dank den geographischen Verhältnissen nicht auf russischem Gebiet liegen. Darum liegt er in Norwegen, im Bezirk Tromsø oder in Finnmarken. Dorthin richtet der russische Generalstab tatsächlich schon lange seine Blicke. Als Etappe auf diesem Wege zum Atlantischen Ozean liegt die finnische Frage. Sie muß zunächst im allrussischen Sinne geregelt sein, wenn Rußland eine ungefährdete Verbindung zum Atlantischen Ozean haben will. Hieraus erklärt sich die russifikatorische Politik gegen die Schweden in Finnland, hieraus erklären sich auch die wirtschaftlichen Maßnahmen am Eismeer, die Besiedlung der eisfreien Murmanküste sowie deren Verbindung mit St. Petersburg durch einen Schienenweg. Ohne über den Stand der Frage eingehend unterrichtet zu sein, kann ich mitteilen, daß die Vermessungsarbeiten für die geplante Bahn schon im Jahre 1903 begonnen wurden, während die Besiedlung der Murmanküste schon seit zwanzig Jahren energisch betrieben wird.

Nun gibt es aber in Rußland eine große Partei, die mit Englands Stellung durchaus einverstanden ist, und die infolgedessen das Vordringen Rußlands über Finnland nach Nordwesten ebenso mißbilligt wie die ost- und zentralasiatischen Pläne. Für sie gibt es nur einen Weg, der Rußland angeblich zum Heile gereichen könnte — das ist der Bruch mit „Preußen“, das ist der enge Anschluß an die Westslawen in der äußern und intensiven Kulturarbeit in der innern Politik. Die zunächst zu überwindende Etappe sei aber die Aussöhnung der russischen Regierung mit den Polen, wobei vorausgesetzt wird, daß eine Aussöhnung von Volk zu Volk schon stattgefunden habe.*)

Damit kommen wir zu der allslawischen Frage, die hinter der großen Weltpolitik Rußlands lauert. Denn die größtenteils demokratischen Englandfreunde in der russischen Gesellschaft sind die tatsächlichen Erben der slawjanophilen Ideen, wenn sie auch den Zusammenhang mit den ältern Nationalisten entrüftet zurückweisen und für ihre Richtung den Namen „Neoslawophilen“ geprägt haben — denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Aus dem Programm der alten Slawophilen ist vielleicht nur die Feindschaft gegen die römische Kirche gewichen.

Die russische Regierung ihrerseits sieht in den Polen nicht hauptsächlich slawische Brüder, sondern Träger des der russischen Staatskirche gefährlichen Ultramontanismus. Darum legt sie auf die Aussöhnung mit den Polen

*) Ausführlich in dem im Laufe dieses Jahres erscheinenden zweiten Bande meiner „Zukunft Polens“.

solange kein besonderes Gewicht, so lange sie nicht eine rücksichtslose Unterwerfung ist. Professor Dr. Hoegsch hat diesen Ausdruck jüngst (in Schmollers Jahrbuch als zu weit gehend) beanstandet — er läßt sich jedoch aus der amtlichen Literatur des Heiligen Synod erklären. Den Beweis für meine Auffassung liefert aber die Behandlung der Polen in Rußland. Wenn wir allein die Maßnahmen der innerrussischen Politik während des Jahres 1908 an uns vorbeiziehn lassen, so stehn sie vor uns als eine ununterbrochne Kette von Demütigungen des polnischen Nationalgefühls sowie als Beschränkungen aller der Rechte und Freiheiten, die im Laufe des Jahres 1905 unfreiwillig gegeben worden waren.

Die seinerzeit in Aussicht gestellte städtische Selbstverwaltung ist bisher dem Partum Polen ebensowenig beschieden worden wie die Sjemstwo oder die Geschwornengerichte. Dagegen wurde mit der polnischen Privatschule nach Möglichkeit aufgeräumt. Schon im Jahre 1907 begann man die polnische Matica zu schließen, die bekanntlich den Zweck hatte, die polnischen Massen nationalpolnisch zu erziehen.*) Im Herbst 1908 wurde die Warschauer Universität geschlossen und der nationalen Aufklärung der polnischen Massen ein Niegel vorgehoben. Zugleich wurden auch alle sonstigen polnischen Privatschulen geschlossen, und einige tausend Kinder des einzigen Unterrichts beraubt. Die noch bestehenden Schulen müssen den Geschichts- und Geographieunterricht in russischer Sprache gewährleisten, und nur Mathematik, Naturkunde, Physik und neue Sprachen dürfen in polnischer Sprache unterrichtet werden. Diese immerhin nicht großen Konzessionen hat die Regierung überdies nur unter dem Drängen der dritten Duma bewilligt. Im November wurde die Bestimmung ergänzt durch die Forderung, der Geschichts- und Geographieunterricht dürfe nur von Personen orthodoxen Glaubens erteilt werden. Hierdurch sind zahlreiche polnische Lehrer, sogar solche, die schon dreißig Jahre an den staatlichen Schulen den Geschichtsunterricht geleitet hatten, auf die Straße geworfen worden.

Auf der andern Seite begünstigt die Regierung alle zeretzenden Erscheinungen in der polnischen Gesellschaft wie die Sekte der Mariaviten. Sie hat ihr vollständige Freiheit der Religionsausübung gewährt zu einer Zeit, wo sich selbst die fünfzehn Millionen russischer Altgläubigen und ihnen verwandte Sekten solcher Freiheit noch nicht erfreuen konnten.

Gegenwärtig wird an der Newa die von den Polen sogenannte vierte Teilung Polens vorbereitet, indem der lange gehegte und vielfach erwogne Plan erneut zur Beratung steht, die östlichen Kreise der Gouvernements Ljublin und Sjedlez an die benachbarten russischen Gouvernements anzuschließen — sie also der auf dem Code Napoleon beruhenden bürgerlichen Gesetzgebung im Partum zu entziehen.

*) Ich habe über die „Matica“ im März 1907 ausführlich an dieser Stelle berichtet Siehe Russischer Brief Nr. 5, Grenzboten I 1907, S. 545 bis 555.

Wir können somit in der amtlichen russischen Polenpolitik eine Ergänzung der preussischen Polenpolitik erkennen. Dabei dürfen wir uns jedoch nicht beruhigen. Denn mehr noch als unsere Ostmarkenpolitik ist die russische Westmarkenpolitik wesentlichen Schwankungen unterlegen, und geringer noch als unsere Erfolge sind die der russischen Polenpolitik. So haben zum Beispiel einige finanztechnische und wirtschaftspolitische Maßregeln des Herrn Witte eine Reihe von politischen Vorschriften hinfällig gemacht. Die gegenwärtige Haltung der russischen Regierung gibt uns keine Gewähr dafür, daß sie nun auch drei, fünf oder gar fünfzehn Jahre lang konsequent beibehalten wird. Gegenwärtig steht man in Rußland noch unter dem Eindruck der letzten Revolution, insonderheit der großen Eisenbahner- und Poststreiks, an denen hauptsächlich die Polen beteiligt waren. Schon in wenig Jahren — die Zeit heilt bekanntlich alles — kann der Eindruck verwischt sein, und wohl um so leichter, wenn von irgendeiner Seite politischer Zwang hinzutreten sollte. Und so erwarte ich und mit mir zahlreiche russische und polnische Politiker eine Wendung der russischen Politik den Polen gegenüber nicht so von der Duma als von der Regierung aus. Die teilweise Erfüllung der polnischen Hoffnungen machen die Russen abhängig von den amtlichen Beziehungen zu England. Eine wichtige Frage ist deshalb für die Russen und die Polen, wie viel englandfreundliche Elemente in die maßgebenden Kreise Petersburgs an den Hof und in die Ministerien gelangen. Und da ist es äußerst interessant, zu beobachten, wie gerade die mangelnde Bildung bei den Moskowitern die Veranlassung dafür wird, daß Nichtrussen den gedachten Einfluß gewinnen. Moskowiter haben nicht genügenden Bildungsüberschuß, um imstande zu sein, das gewaltige Reich mit eignen Kräften zu verwalten. Sie sind mit dem steigenden Fortschritt auch in steigendem Maße gezwungen, Fremdvölker, wie Deutsche, Polen, Letten, Esten, Kaukasier usw., ja sogar Juden, die doch strengen Ausnahmegesetzen unterworfen sind, in großer Zahl in ihre Beamtenkörper aufzunehmen. Die systematische, seit der Mitte der siebziger Jahre betriebne Heße gegen das Deutschtum innerhalb und außerhalb Rußlands hat gegen die Aufnahme von Deutschen in die höchsten Stellen der Beamtenschaft einen solchen Widerwillen erzeugt, daß wir deutsche Namen immer mehr aus den Ranglisten verschwinden sehen. Wo wir ihnen aber begegnen, haben sie ihr Deutschtum meist längst abgestreift und dieser Tatsache unter anderm Ausdruck verliehen durch den Übertritt zum orthodoxen Glauben. Ich nenne die Namen Plehwe, Mehendorf, Graf Lambsdorf — ihre Zahl ist ganz wesentlich zu vermehren. Das hervorragend gute Beamtenmaterial aus Deutschen wird größtenteils ersetzt durch Polen und Letten. Ist es nun auch in friedlichen Zeiten politisch belanglos, ob das technische Personal von Post, Telegraph und Eisenbahn nicht durchgehend russisch bleibt, so muß es doch zur Aufmerksamkeit Veranlassung geben, wenn zum Beispiel aus den obersten Justizbehörden, vor allen Dingen aus dem Senat, das russische Element verdrängt wird. In den Senat können tatsächlich nur hervorragende Juristen und makellose Männer

gelangen. Früher spielte das deutsche Element aus dem Baltikum dort die Hauptrolle, jetzt treten immer mehr Polen ein. Eine persönliche Beobachtung an Ort und Stelle möge die Behauptung beleuchten. Im Jahre 1901 ist es mir zuerst aufgefallen, daß auf den Korridoren des Senats polnische Laute fielen — im Jahre 1896 klang noch überall in der Unterhaltung der Beamten die deutsche Sprache, im Jahre 1906 herrschte dagegen das polnische Idiom vor. Gegenwärtig haben wir einen Marineminister, den die Polen als ihren Landsmann reklamieren, und eine ganze Reihe von Direktoren in den verschiedenen Ministerien, die mir als Polen bekannt sind. Der Einzug der polnischen Sprache in die Korridore der höchsten russischen Gerichtsbehörden ist mir neben tausend andern Erscheinungen des öffentlichen und privaten Lebens ein Symptom dafür, daß ein wichtiger Teil der Staatsgeschäfte nicht ausschließlich von Trägern der russischen Staatsidee, sondern von Leuten besorgt werden muß, die nach Tradition und Erziehung eben dieser Idee feindlich gegenüberstehn. Wenn ich diesen Dingen eine besondere Aufmerksamkeit schenke, so geschieht das, weil ich fest davon überzeugt bin, daß jeder an der Politik irgendwie beteiligte Pole, sei es in Preußen, Österreich oder Rußland, an welchem Platze er auch immer stehn möge, daß jeder Pole dahin wirkt, der heutigen ideellen Polengemeinschaft den realen Ausdruck eines alle Teile umfassenden Polenstaats zu schaffen. Wer an der Berechtigung solcher Auffassungen zweifelt, blättere Wagners Polen=spiegel durch, und er wird auf jeder Seite die Unterlagen finden.

Die polnische Idee hat somit ihre Werkzeuge bereits an den Stellen Rußlands, von wo aus sie im geeigneten Augenblick wirken können, und hinter ihnen steht die demokratische und fortschrittlich gesinnte russische Gesellschaft, die durch die Vermittlung der Polen endlich Anschluß an den Westen gewinnen will, an dem sie nach ihrer Auffassung durch die amtliche Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland verhindert wird.

Ehe ich auf die Konsequenzen dieser *pénétration pacifique* der Polen in den leitenden Stellen Rußlands näher eingehe, sei ein Blick zunächst vom Norden zum Süden geworfen — auf die Entwicklung der politischen Stellung der Slawen in Österreich=Ungarn. Die Südslawen interessieren uns zunächst in diesem Zusammenhange gar nicht. Ihre Stellung zum Deutschen Reich ist im Grunde genommen nur von Belang in Balkanfragen. Dagegen nötigen uns auch in Österreich die Polen das lebhafteste Interesse ab und nach ihnen die Tschechen.

